

freier Rechnung bei sechs Berliner Großbanken auf 272 Milliarden Mark Ende Oktober 1928 gegen 2,12 Milliarden Mark im Jahre vorher ...

Die Direktoren der Dresdner Bank wissen das so gut wie ihre Angestellten, so gut wie die deutschen Arbeiter. Ausdrücklich meinen sie sich in ihrem Geschäftsbericht gegen eine „übertriebene“ Sozialpolitik ...

„Hemmend auf den Willen zur Arbeit wird auch eine fehlerhafte Regelung der Arbeitszeit durch schlüssellose Erzwingung des Achtstundentages einwirken. Die Arbeitslosigkeit wird durch solche Regelung eher gesteigert werden ...

Das sind die Kernsätze des ganzen Geschäftsberichts. Sie zerfallen, fast wider den Willen der hohen Direktoren, das Geheimnis ihrer Plasmacherei. Sie zeigen den Arbeitern, den Angestellten, allen Werktätigen Deutschlands ...

Es ist ein frecher Schwindel der Großbankdirektoren, zu behaupten, daß Arbeit „neue Arbeitsmöglichkeiten“ hervorbringt. In Wirklichkeit erzeugt jede Stunde Heberarbeit Kurzarbeit an der anderen Stelle ...

Die Sähe der Dresdner Bank, mit der sie die Heberstunden aus den Preußentag der kapitalistischen Nationalisierung für das ganze Reichkapital verteidigt, wachen jedem Arbeiter deutlich, wo die Arbeiterfront ansetzen kann. Der Anknüpfungspunkt ist der Kampf gegen die Heberstundenheberei, gegen die Geharbeit, der Kampf für den Achtstundentag.

Heberarbeit haben die Arbeiter sich in Bewegung gesetzt, diesen Kampf aufzunehmen. Und die Sähe im Geschäftsbericht der Dresdner Bank, die den Lohn- und Achtstundentag preisgeben, sind eine Anweisung an die Bürgerblockregierung des Truktapitals, sich nur ja nicht einzulassen zu lassen ...

Es gilt, die nackte Existenz der Arbeiterklasse zu verteidigen und zu sichern. Dabei muß sie bei den Löhnen, bei der Arbeitszeit beginnen. Und wie die Arbeiterklasse am Truktapital, so müssen die Metallarbeiter Berlins, als die ausfallgebendste Schicht des ganzen Berliner Proletariats, auf dem Posten sein, damit sie in der Bewegung, in die sie eingetreten sind, den Achtstundentag erringen ...

Kundgebung der arbeitenden Frauen

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern demonstrierten die Berliner Arbeiterinnen auf dem Entenplatz am Internationalen Kronenplatz für die Forderungen der Arbeiterklasse, besonders für die der proletarischen arbeitenden Frauen ...

Die Agrarier verlangen Erhöhung der Lebensmittelpreise

Berlin. Der Gesamtverband des brandenburgischen Landwunders fordert in einer Entschließung eine Erhöhung der Löhne und führt im einzelnen aus: Als besonders dringlich ist zu erstreben a) im Hinblick auf die bevorstehende Einführung von Militärfahrzeugen durch die Reichsbahnverwaltung ...

Die Erschießung der 29 Matrosen in Berlin

Ein blutiger Gebetsruf. Am 11. März 1919 wurden auf Befehl des Oberleutnants Marloh 29 Matrosen mit Maschinenengewehren im Hofe eines Berliner Hauses niedergeschossen.

Das grauenvollste Verbrechen unter den Tausenden jener Märztage 1919 wurde am 11. März verübt. Oberleutnant Marloh ließ 29 Matrosen im Hofe eines Hauses der Französischen Straße mit Maschinenengewehren niederschlagen. Der im Dezember 1919 gegen Marloh geführte Prozeß ermöglichte einen tiefen Einblick in das Treiben der Freikorps. Wir geben in folgendem den Tatbestand wieder, wie er im Marlochprozeß erwiesen wurde.

Die der Republikanischen Soldatenwehr angehörenden Matrosen wurden auf Anordnung des Oberkommandos Piltz für den 11. März nach dem Depot in der Französischen Straße befohlen. Sie sollten die noch in ihrem Besitz befindlichen Waffen zur Abgabe mitbringen und ihre Löhnung in Empfang nehmen. Gleichseitig gab das Generalkommando Piltz der Freikorpsabteilung Reinhard den Befehl, dafür Sorge zu tragen, daß bei diesem Löhnungsausschüttung möglichst viele Mitglieder der Volksmarineabteilung verhaftet werden.

Durch Zeugen wurde im Marlochprozeß betundet, es sei schon am 10. März unter den Reinhardttruppen allgemein davon gesprochen worden, daß die Matrosen in der Französischen Straße erschossen werden sollten. Bei der folgenden Kraftfahrzeug-Kessel hielt es: „Die Gefangenen sind überfüllt. Nacht mit den Leuten nicht viel Umstände.“ Nach dieser Anweisung wurde übrigens nicht nur im Hofe der Matrosen, sondern allgemein gehandelt.

Die Matrosen erschienen ahnungslos zum Löhnungsausschüttung. Einige hatte die in ihrem Besitz noch befindlichen Waffen zur Abgabe mitgebracht. Oberleutnant Marloh trug keine Uniform, sondern Zivilkleidung, damit die Matrosen ihn für den Jahrmärcher halten sollten. Die antwortenden Matrosen wurden einzeln überwacht. Die Waffen mitbrachten, wurden sofort in ein dunkles Zimmer gesperrt, dessen Ausgang mit einem schließbaren Vorhang abgesperrt wurde. Alle anderen mußten sich so zusammenschließen, daß sie bei evtl. Widerstand oder einem Fluchtversuch sofort mit Maschinengewehren niedergeschossen werden konnten.

Frühstärkerzoll von 10 M., die Geltung des Frühstärkerzolls ist bis auf den 31. August hinaus zu ziehen, c) eine Herabsetzung des Realzolls auf 15 M., jede Differenzierung können wir ab, d) bei Zucker ein Zoll von 20 M. Wir verlangen dringlich, daß dieser Zoll mit dem die Landwirtschaft nun schon seit Monaten hingehalten wird, endlich unter Dach und Fach kommt, e) Hart erhöhter Zoll für edelste Agrarprodukte, wie Butter, Käse, Schmalz, Fleischwaren, Eier.“ Die weiteren Forderungen verlangen keine Herabsetzung der jetzt geltenden Zölle, Abbau der gemauerten Vergünstigungen durch die Handelsverträge und keine Vergünstigungen an Polen in bezug auf die Einführung von Schweinen und Schweinefleisch. Schweinefleisch dürfe auf keinen Fall, auch nicht für Wirtschaften unterkontingent herbeifommen. Es soll „endlich mit dem Verkehr gehandelt werden, die Handelsverträge auf dem Rücken der Landwirtschaft auszuhandeln. Die Landwirtschaft ist außerstande, die Kosten für imaginäre Vorteile der Exportindustrie zu tragen.“

Die Deutschnationalen schluden das Genfer Kompromiß

Der Kampf gegen die Arbeiter steht über ihrem Nationalismus. Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) In dem gestern nachmittag zusammengetretenen Kabinettsrat des Bürgerblocks erklärte der Reichsaußenminister Berchtold seine Tätigkeit an. In dem heutigen, unter Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen des Völkerbundsrates in Genf. Nach eingehender Aussprache, bei der insbesondere die Rechtsausfertigung geteilt wurde, wie sie der Außenminister in Genf bei den Deutschland betreuenden Fragen vertreten hatte, stimmte das Kabinett dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einstimmig zu. Wenige Stunden vorher hatte die deutschnatio-

Appell

An alle Kameraden der roten Jungfront zum Märzangebot! Kameraden!

Am 11. bis 27. März findet das Angebot der roten Jungfront statt. In allen Teilen des Reiches leid ihr bei der Vorbereitung zu dieser Kampagne, um eine Massenmobilisation der Arbeiterklasse durchzuführen.

Die Bundesführung wendet sich hiermit an alle Kameraden zum letzten Appell: Mobilisiert den letzten Kameraden, damit das Angebot der roten Fronten gewaltig und groß wird. In welche Kameraden wir für die rote Klassenfront gewinnen, desto wichtiger wird das Heer der Kämpfenden gegen Faschismus und neuen imperialistischen Krieg.

Die kommunistische Jugendinternationale ruft im März zu einer Antifaschistischen der arbeitenden Jugend der Welt auf. Teilhaft entsendet die englische Bourgeoisie Truppen und Kriegsmaterial, um die revolutionäre Bewegung in China im März zu kritisieren. Tausende chinesischer Arbeiter werden jandrechtlich erschossen, weil sie wagen, gegen die imperialistischen Räuber aufzutreten. Und mit diesem März gegen das revolutionäre China muß eine internationale Schlampagne gegen Sowjetland einher, das vernichtet werden soll.

Im Märzangebot rufen wir die jungen Arbeiter auf zur Verteidigung des roten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, gegen den imperialistischen Feldzug in China, gegen die Kriegsvorbereitungen der deutschen Kapitalisten und gegen den Faschismus.

Alle sozialistischen Verbände haben ihren Kampf für gegen Sowjetrußland erhoben. Auch das Reichsbanner marschiert mit den „Sowjetrußland“ in derselben Front. Die bürgerlichen Verbände sorgen mit Unterstützung der Bürgerblock-Regierung für neue Kanonenslatter; die Arbeiterjugend soll zu diesem Zweck politisch entzweit und den Nationalitäten und Klassen ausgeliefert werden. Darum die Schritte zum „Schutz“ der Jugend bei Kundgebungen, darum das Schand- und Schmutzgeheiß, Herausziehung des Wahlalters usw. Alle diese Maßnahmen enden mit der Militarisation der gesamten Jugendarbeiterklasse.

Kameraden!

Das sind die Ziele der deutschen Bourgeoisie. Gegen diese Schritte gehen alle die Massen des Jungproletariats zu mobilisieren und sie einzureihen in die rote Klassenfront. Unter 2. Märzangebot steht im Zeichen des internationalen Kampfes der arbeitenden Jugend gegen Faschismus und imperialistischen Krieg.

Nehmt die Werbetrommel im Geiste vergangener Märzgen und ihrer heldenhaften Kämpfer.

Bundesführung des R.F.F.

nale Eugen-Berg-Verlag in großen Lettern über die ...

Drei schwere Bergwertsunfälle

Neun Bergarbeiter tot. Samstag. Auf der Zeche Kaddob kürzten am Sonntag nachmittag zwei Bergleute, die in einem Stapel mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, 90 Meter in den Schacht hinab. Beide waren sofort tot. Saabdrücken. Auf einer Grube in St. Ingbert kürzte am Sonntag ein Steiger von der ersten zur dritten Sohle etwa 220 Meter tief ab. Er war sofort tot. Sohle. Auf der Kleophasgrube bei Rattowig kürzte am Sonntag früh der Steiger Eickmann mit fünf Mann seiner Belegschaft nach einer Strecke des Blücherstachtes, eine in Brand geratene Strecke abzukürzen. Alle sechs gerieten dabei in dicke Schwaden. Gegen 9,30 Uhr begab sich eine Rettungsmannschaft nach dem Schacht, um sich über ihren Verbleib zu informieren. Die sechs Bergleute wurden nur noch als Leichen aufgefunden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß in allen drei Gruben die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gefehlt haben. Die Leiche Mann von der Kleophasgrube hat man, da sie ohne Verbleibungsstunde und Gasmaske zur Brandstelle geschickt wurde, direkt in den Tod gejagt.

Nicht nur im Bergbau, sondern auch in der heimischen Industrie häufen sich durch die Rationalisierungsmassnahmen die Unfälle in erschreckendem Maße.

In der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind in zehn Monaten 16 Arbeiter getötet und 41 schwer verletzt worden. Dazu kommen noch die vielen leichteren Unfälle.

8 Monate Zuchthaus für eine Zeitungsnotti

Ein kommunistischer Redakteur ist kein Jürgens. Leipzig, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen einer Zeitungsnotti in der Kruppbeilage des Arbeiter-Kriegel vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Der Artikel lag zugrunde, daß in einer Zeitungsnotti gelagt wurde, die Kruppwerke habe den Auftrag einer Arbeiterorganisation zur Herstellung von 20 Volkstraktoren abgewiesen, während die Herstellung von Geschützen und Geschossen ansehnend profitabel gewesen sei. Der Reichsanwalt beantragte gegen Kriegel 11 Monate Zuchthaus. Das Reichsgericht verurteilte den Genossen Kriegel zu 8 Monaten Zuchthaus, die in 1 Jahr Gefängnis umgewandelt wurden. Mildernde Umstände, die nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Zeitungsnotte herbeigeführt hätten, wurden dem Angeklagten verweigert. Das Urteil ist nicht nur eine grobe Justizwillkür, sondern eine unerhörte Anhebung der Presse, die unter dem Bürgerblockregime sich würdig an die Pöbelzeitung und Hochverratsprozeß gegen die Buchdrucker und Schriftsetzer anreißt. Das Schreckensurteil gegen das Rotkreuz ist ein Alarmzeichen für die gesamte Arbeiterklasse.

Fran Jürgens legt Verurteilung ein

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiterklasse hat allgemein erwartet, daß der Staatsanwalt im Jürgens-Prozeß gegen das prosozialistische Urteil Verurteilung einlegen werde. Das ist bisher nicht geschehen. Dagegen wird bekannt, daß die Frau Jürgens erschossen ist, gegen das Urteil von 5 Monaten Gefängnis Revision einzureicht.

Große Entschuldigungschlacht vor Shanghai

Shanghai, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen den Süd- und Nordtruppen ist im gegenwärtigen Kampf die Entschuldigungschlacht auf der ganzen Linie entbrannt. Die Südtruppen sind mit großer Franour auf der ganzen Front zum Angriff übergegangen. Es ist jedoch unbestimmt, ob welcher Fronthauptstöße die Südtruppen einleiten werden. Man nimmt an, daß sie es zunächst auf Konking abzielen. Die Eisenbahnlinie Konking-Shanghai ist zur Hälfte von den Nationalentruppen besetzt und, wie bereits gemeldet, unterbrochen. Die Südtruppen haben nunmehr wenige Meilen vor der Stadt und bedrohen bereits die Rückzugslinie der Nationaltruppen, so daß diese vor der Gefahr stehen, abgeschnitten zu werden.

Abstand. Die anderen Matrosen wurden ins Gefängnis geschickt und bald darauf als unzulässig entlassen.

Nach der Tat erließen ein amtlicher Bericht, in dem der hauptteil wurde, die verhafteten Matrosen hätten Widerstand geleistet, es wäre Mord, darunter auch Dum-Dum-Geschosse geladen worden. Von den rund 250 Gefangenen hätten 24 auf der Stelle handrechtlich erschossen werden müssen. Jeder Schuß hätte nicht lange aufrecht erhalten werden, Angehörige der betagungsbedingten Einzelheiten und des als wahr festgestellten grausamen Mordens sah sich der Reichsgericht dem Urteil, dem Reichswehrminister Koops nachzulegen, eine Unterlegung einzulegen.

Koops war schon am Abend des 11. März über die Vorgänge informiert worden. Der Stadtkommandant Krawinkel hatte ihm einen Bericht gegeben. Der Vorliegende des Gerichtsfragte Krawinkel, wie sich Koops benommen habe, als er dies Mitteilung erhielt. Krawinkel antwortete: „Er hat gar nichts gesagt und getan, als ob ihn dies nicht interessierte.“

Marloh machte unmittelbar nach der Tat einen Bericht über die Gefangennahme und Erziehung der Matrosen. Bei der Abfassung des Berichts half ihm der Staatsanwalt Jumbach in Kameradschaftlicher Weise. Oberleutnant von Kessel forderte von Marloh einen anderen Bericht, in dem Marloh erklären sollte, er habe aus eigener Entschlossenheit auf Grund des Koops-Befehls die Erschießung vorgenommen. Beide Berichte verschwanden. Im Keller des Obersten Reinhard littierte der Staatsanwalt Weissmann einen dritten Bericht. Marloh war empört über diesen Bericht und sagte: „Das ist eine Lumperei, aber ich will unterzeichnen.“

Oberst Reinhard sagte: „Beruhigen Sie sich nur, wir müssen zunächst zusammenhängen und wenn es darauf ankommt, werde ich Sie natürlich decken.“

Dieser dritte Bericht wurde der Anklage gegen Marloh zugrunde gelegt. Kessel drängte Marloh zur Flucht, verschaffte ihm Geld und ließ durch Geheimrat Strauß vom preussischen Staatsministerium gefällige Papiere herstellen. Marloh wurde später ergriffen und von der Anklage des Totschlags freigesprochen, aber wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Gefängnis und wegen Verletzung gefälliger Urkunden zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß die mit Waffen kamen, gültige Waffenbesitzbescheinigung, daß keine Wunden dabei waren, daß die Lage Marlohs nicht so bedrohlich war, daß er zum Waffengebrauch berechtigt war, daß er jedoch glaubte, einen Mordverbrechen begangen zu haben.“

Oberst Reinhard und Kessel wurde, wegen der Beichte, die sie Marloh gegeben hatten, kein Verbrechen angeleitet. Bei der Anklage des Meineides, den Kessel im Verlauf des Marlochprozesses geleistet hatte, erfolgte gleichfalls Freisprechung.

Der Ausschuß 2 für Herstellung von Entschuldigungen für Aufständischen vernahm den Anpruch der Hinterbliebenen auf eine Rente, da die Erschießungen in Ausführung der Staatsgewalt als ein Akt der Straußvollstreckung erfolgt seien.

(Aus Richard Müller: Der Bürgerkrieg in Deutschland und E. J. Gumbel: Vier Jahre politischer Werd.)